

**E&C-Workshop:**

**Ohne Partizipation keine Integration  
– Entwicklung und Chancen junger  
Menschen in sozialen Brennpunkten  
(E&C)**

Dokumentation Workshop der Regiestelle E&C  
für die Preisträger „Preis Soziale Stadt 2004“  
am 13. und 14. Januar 2004 in Berlin

## **Impressum**

Herausgeber:  
Regiestelle E&C der Stiftung SPI  
Sozialpädagogisches Institut Berlin  
„Walter May“  
Nazarethkirchstraße 51  
13347 Berlin  
Telefon 0 30. 457 986-0  
Fax: 0 30. 457 986-50  
Internet: <http://www.eundc.de>

Ansprechpartner:  
Dr. Heike Riesling-Schärfe

Layout:  
MonteVideo Mediadesign

Redaktion:  
Dr. Heike Riesling-Schärfe

## **Inhalt:**

- 4 Vorwort**  
Regiestelle E&C
  
- 5 Programmplattform des Bundesmodellprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C)**  
Hartmut Brocke, Stiftung SPI
  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
- 7 Menschen mit Behinderungen und die Programme „Soziale Stadt“ und „E&C“**  
Karl Stengler, Behindertenhilfe Hamburg
  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
- 12 Arbeitsgruppe:  
„Integration durch Bildung“**  
Hartmut Brocke, Stiftung SPI
  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
- 14 Arbeitsgruppe:  
„Integration und Interkulturalität“**  
Dorit Meyer, Regiestelle E&C
  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
- 17 Arbeitsgruppe:  
„Integration und Gesundheit“**  
Andreas Hemme, Regiestelle E&C
  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
- 21 Tagungsprogramm**
  
  
  
  
  
  
  
  
  
  
- 24 Teilnehmer/innen**

## Vorwort

Die Mitwirkung der Bewohner/innen gehört zu den Grundsätzen eines an Nachhaltigkeit orientierten Prozesses sozialer Koproduktion. Mitwirkungsbereitschaft und Mitwirkungsfähigkeit sind abhängig von der Dialog- bzw. Kommunikationskompetenz der Akteure, der politischen Legitimation und den institutionell-administrativ abgesicherten Rahmenbedingungen. Aus den Beteiligungs- und Partizipationsmodellen der Kinder- und Jugendhilfe, aus den Beteiligungsverfahren der „Sozialen Stadt“ ist bekannt, dass Motivation und Engagement der Bürgerinnen und Bürger sich erst in einem konkreten Umfeld entfalten. Partizipation, Teilhabe und Mitwirkung, aber insbesondere auch die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung sind deswegen auf ein konkretes Umfeld, auf Authentizität, Wahrhaftigkeit und konkrete Praxis angewiesen, um Begeisterung, Engagement und Anstoß für einen sozialen Lern- und Kreativvorgang zu geben.

Die Entwicklung neuer und kontinuierlicher Formen der Partizipation darf sich nicht auf wenige oder auf die von öffentlich beauftragten Akteuren des lokalen Aktionsplanes definierten Räume und Anlässe beschränken. Partizipation ist aus der Sicht der Kinder- und Jugendhilfe immer auch ein Prozess der Persönlichkeitsentwicklung. Sie ist eine Lern- und Lebenserfahrung, die im Kern eine attraktive Form der außerschulischen Bildung darstellt. Durch Partizipation, Beteiligung und Engagement werden ferner Kompetenzen und Qualifikationen erworben, die der Entwicklung der Persönlichkeit und der sozialen Kompetenzen dienen, aber auch wichtige Ressourcen für den Zugang zu Ausbildung und zum Arbeitsmarkt darstellen. Der Zugang zu zivilgesellschaftlichen Netzwerken kann eine wichtige Vorbedingung für einen (ersten) Zugang zum Arbeitsmarkt sein. Verantwortung für das Gemeinwesen und soziales Zugehörigkeitsgefühl wirken sich nachhaltig und ganzheitlich auf die Gesundheit aus.

Die Förderung und Unterstützung der sozialen und individuellen Integration von Kindern und Jugendlichen stellt eine gesellschaftliche Notwendigkeit dar, insbesondere dort, wo junge Menschen von sozialen Benachteiligungen betroffen sind. Hervorgehoben durch den gegenwärtigen demographischen Wandel gibt es einen zunehmenden Bedarf an sozialer Integration, die so vielen Menschen wie möglich – unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Alter, Behinderung, Religion und sexueller Ausrichtung – eine aktive Teilnahme am Arbeitsmarkt und der Gesellschaft ganz allgemein ermöglicht. „Ohne Partizipation keine Integration“ das heißt auch: Soziale Integration

ist eine Leistung aller Gesellschaftsmitglieder – gleich welcher Herkunft: Durch ihre Handlungen wird das Soziale konstituiert. Ohne diese freiwilligen Anstrengungen ist sozialer Zusammenhalt nicht zu haben.

Vor dem Hintergrund der Berichte der „Preisträger Soziale Stadt 2004“ sowie der teilnehmenden Expert/innen hat der Workshop „Ohne Partizipation keine Integration“ Themen und Handlungsfelder gelungener Integration erarbeitet sowie Erfahrungen beim Vor-Ort-Besuch von drei Berliner Quartiersmanagements der Sozialen Stadt/E&C erlebbar gemacht.

*Regiestelle E&C im Februar 2005*

## Programmplattform des Bundesmodellprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C)

### Grundlagen und Programmgebiete

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) hat im Jahr 1999/2000 mit der Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) einen neuen Schwerpunkt im Rahmen des Kinder- und Jugendplans des Bundes (KJP) gebildet, um jungen Menschen aus diesen Sozialräumen bessere Voraussetzungen für ihre Zukunft zu eröffnen.

Die Programmplattform E&C wurde als Partnerprogramm zur Gemeinschaftsinitiative des Bundes und der Länder „Die Soziale Stadt“ entwickelt. Das Bund-Länder-Programm „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – Soziale Stadt“ wird in 299 Kommunen mit 331 Programmgebieten umgesetzt. Das Programm E&C berücksichtigt zusätzlich zu diesen Gebieten auch 13 strukturschwache ländliche Regionen. Die Gesamtzahl der Programmgebiete E&C beträgt damit 344. Die Anzahl der städtischen Gebiete hat sich damit von 160 zum Start des Programms E&C im Jahr 2000 auf mittlerweile 331 Stadtteile mit sozialen Brennpunkten erhöht.

Die drei Hauptziele der Programmplattform E&C sind:

- Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung
- Stärkung von Zukunftskompetenzen für Kinder und Jugendliche
- Stärkung von Eigenverantwortung, Partizipation und soziales Engagement

Dies geschieht, indem das Programm

- die über den Kinder- und Jugendplan des Bundes geförderte Infrastruktur der Kinder- und Jugendhilfe Ressourcen und Maßnahmen für diese Sozialräume mobilisiert,
- die Arbeit im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe in diesen Räumen qualifizieren und weiterentwickeln hilft,
- den Blick in der Kinder- und Jugendhilfe stärker als bisher auf die Probleme und Schwierigkeiten junger Menschen in diesen Sozialräumen richtet,
- sowie neue Maßnahmen entwickelt und erprobt.

Unter der Überschrift „Soziale Arbeit als Ko-Produktion“ setzt das Bundesmodellprogramm

E&C die Akzente nicht nur auf die Kooperation mit verschiedenen Ämtern, die Einbeziehung der freien Träger und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe, der Quartiersmanagements in den Gebieten der „Sozialen Stadt“ und den Schulen, sondern insbesondere auch auf die Beteiligung und Partizipation der Kinder und Jugendlichen und deren Eltern.

Um das Programm in seiner Gesamtheit nicht nur als Ansammlung von Einzelaktivitäten nach innen und außen sichtbar zu machen, ist seit dem Jahr 2000 eine Regiestelle eingerichtet worden. Der Regiestelle E&C kommt die Aufgabe zu, die verschiedenen Programmteile zu koordinieren, Zusammenhänge herzustellen, die Identität des Programms nach innen zu sichern und das Programm gegenüber der Öffentlichkeit als ein sinnvolles Ganzes zu präsentieren. Sie soll ferner träger- und themenübergreifend für alle Beteiligten als Anlauf- und Beratungsstelle zur Verfügung stehen.

Zentrale Schlüsselfragen zwischen Regiestelle und den Ansprechpartnern der Programmplattform E&C sind:

die Implementation lokaler Aktionspläne/Sozialplanung und die Bearbeitung der Fragestellungen:

- sozial-ethnische Integration, öffentlicher Raum und Sicherheit, Wohnen und Wohnumfeld
- soziale Infrastruktur, Schule, Kinder, Jugendliche und Familienförderung
- Arbeitsmarktpolitik und Wirtschaftsförderung
- besondere soziale Lebenslagen, Gesundheitsförderung
- Steuerungsinstrumente und Ressourceneinsatz

die Implementation eines Jugendhilfemanagements:

- fachliche Standards
- Leitfragen
- Prävention und maßgeschneiderte Angebote
- Qualitätsmanagement
- Qualitätssicherung
- Qualifizierung und Gestaltung der Hilfepläne, Qualifizierung im Bereich der Vernetzung
- Instrumente
- Externbeauftragungen

### Umsetzung und Beteiligung

Die Umsetzung der Programmplattform E&C erfolgte bislang auf den Ebenen:

- Zielgruppenkonferenzen
- Regionalkonferenzen
- Fachkonferenzen und Expertengespräche
- Programmverfügungsmittel (Expertisen, Fonds)

- Programmbaustein „Netzwerke und Ehrenamt“
- lokale Bündnisse Gebiete E&C, die Soziale Stadt.

Im Programmverlauf wurden bislang 87% der Kommunen und Landkreise durch die Veranstaltungsaktivitäten der Regiestelle E&C erreicht. Dies waren über 190 Kommunen und alle 13 teilnehmenden Landkreise (Auswertung 1. Programmperiode E&C, August 2003; Anzahl der Gebiete = 301, Anzahl der Kommunen = 228).

Seit dem Jahr 2000 wurden durch die Regiestelle E&C 73 Veranstaltungen mit über 4.000 Teilnehmer/innen durchgeführt.

Weitere Aktivitäten des Programms sind z.B. die Versendung von Programminformationen, Ausschreibungen, Einladungen zu Veranstaltungen durch die Regiestelle E&C, der Internet-Auftritt E&C mit dem Newsletterdienst, die telefonische Beratung bei Einzelanfragen durch Mitarbeiter/innen der Regiestelle E&C oder die Beteiligung an Teilprogrammen.

Regelmäßig über die Aktivitäten der Programmplattform E&C informiert werden derzeit

- 3.000 Abonentinnen und Abonenten des E&C-Newsletters
- 451 Ansprechpartner/innen aus den Kommunen der E&C-Gebiete
- 363 Ansprechpartner/innen aus den Quartiersmanagements der E&C-Gebiete
- 1.538 Ansprechpartner/innen der aus dem Kinder- und Jugendplan des Bundes (KJP) geförderten Träger sowie Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe in E&C-Gebieten
- 640 Schulen in E&C-Gebieten

## Aktivitäten der Teilprogramme

Teilprogramme, die der Programmplattform E&C zu geordnet wurden, sind (Auszug):

### **FSTJ, Freiwilliges Soziales Trainingsjahr (1999/2000-2004):**

7000 teilnehmende Jugendliche in über 80 Qualifizierungsbüros bundesweit in E&C-Gebieten

### **Lokale Aktionspläne für Toleranz und Demokratie (2001):**

Förderung von 59 Lokalen Aktionsplänen in 59 Kommunen

### **Netzwerke und Soziales Ehrenamt – strukturschwache ländliche Regionen (2001-2003):**

Teilnahme von 13 Landkreisen in strukturschwachen ländlichen Regionen, Förderung von Sachmitteln für 158 Projekte und Initiativen des Ehrenamts von und für Kinder und Jugendliche

### **KuQ, Kompetenz und Qualifikation für junge Menschen in sozialen Brennpunkten (2002)**

Realisiert wurden 117 Förderverträge mit 432 Einzelmaßnahmen bei 86 Jugendämtern in E&C-Gebieten/Gebiete Soziale Stadt

### **Kompetenzagenturen (2002-2006)**

16 Agenturen bundesweit in 16 Kommunen mit bislang 2050 erreichten Jugendlichen der Zielgruppe

### **LOS, Lokales Kapital für soziale Zwecke (2003-2006):**

Bislang haben 286 Fördergebiete in 205 Kommunen mit insgesamt 2.778 Mikroprojekten und 40.000 Teilnehmer/innen am Programm partizipiert.

In der 1. (abgeschlossenen) Förderperiode 2003 wurden 1978 Mikroprojekte in 176 Gebieten E&C/Soziale Stadt gefördert, in der 2. Förderperiode 2004 (laufende Bewerbungen) werden bislang 800 Mikroprojekte gefördert; zu den 176 Gebieten E&C/Soziale Stadt, die bislang am Programm LOS partizipiert haben, sind weitere 110 Gebiete dazu gekommen sowie im Rahmen eines Public Private Partnership Projektes:

### **Schlaumäuse, eine Bildungsinitiative von Microsoft Deutschland und Partnern (seit 2003):**

erreicht wurden bislang mehr als 5.000 Kinder aus 200 überwiegend in E&C-Gebieten liegenden Einrichtungen

Dieses Angebot wird durch die begleitende Gremienarbeit sowie Sonderveranstaltungen, Wettbewerbe, Expertisen sowie die Angebote und Dienste auf der E&C-Homepage ([www.eundc.de](http://www.eundc.de)) ergänzt, welche aktuell nach Beschluss der Steuerungsrunde E&C/im Auftrag des BMFSFJ umgesetzt werden. Die wissenschaftliche Begleitung des Programms E&C liegt beim Deutschen Jugendinstitut e.V., Regionale Arbeitsstelle Halle.

Alle Ergebnisse der Programmplattform E&C sind unter [www.eundc.de](http://www.eundc.de) veröffentlicht.

Karl Stengler

## Soziale Stadt – Der behinderte Mensch als Teil von ihr

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich habe mir die Freiheit genommen, das Thema, zu dem ich heute zu Ihnen spreche, etwas abzuwandeln. Als ich mir die Preisträger mit ihren jeweiligen Projekten anschaute, war mir sehr schnell deutlich geworden, dass sich bei allen wie ein roter Faden durchzieht, wie weit soziale Stadt als Ort des Lebens für Menschen, als ein Teil von ihr, begriffen, projiziert und kleinteilig ausprobiert werden kann.

Insofern versuche ich an das mir gestellte Thema, nämlich den Blickwinkel von behinderten Menschen aufzunehmen, aus verschiedenen Perspektiven Annäherungen. Aus diesen unterschiedlichen Annäherungen ergeben sich unterschiedliche Handlungsebenen, die ich im Weiteren dann versuchen werde miteinander zu verknüpfen und daraus ein Szenario zu entwickeln, das den Menschen mit Behinderungen oder besser gesagt den behinderten Menschen als Teil einer Stadt, die sich als soziale Stadt begreift, charakterisiert.

Lassen Sie mich zuerst mit Ihnen zusammen einen kurzen Blick auf das Thema Stadt werfen:

Hier interessiert mich in besonderer Weise die Fragestellung, was Stadt bezogen auf die individuelle, die menschliche Ebene bedeutet. Und da ist Stadt sowohl Metropole als auch Urbanisation, sowohl Quartier, Region als auch Kiez. Jede dieser Begrifflichkeiten steht für eine andere funktionale Struktur des Konglomerats Stadt.

Jede von ihnen bedeutet auch für die Menschen, die in ihr wohnen, eine andere Beziehungsstruktur und damit möglicherweise sogar unterschiedliche Ansprüche an die jeweiligen Netzwerke. Es wäre aus Sicht behinderter Menschen nicht zutreffend, das Thema Stadt zu fokussieren auf die kleinteilige Situation, die sich in den Ausdrücken Quartier, Region und Kiez dokumentiert. Auch und gerade Menschen mit Behinderungen benötigen in einer Stadt die Möglichkeit und damit verbundene Freiheit, sich großflächig bewegen und organisieren zu können. Es sei in diesem Zusammenhang an das immer wieder beschworene so genannte Zwei-Milieu-Prinzip erinnert, das als eine Regel, von der selbstverständlich Ausnahmen zulässig und auch gut sind, die Trennung der Orte zum Leben und der Orte zum Arbeiten als ein jeweils von einander zu unterscheidendes Beziehungsgefüge postuliert. Allein dadurch ergibt sich als Anspruch für die städtische

Struktur, dass sie eben nicht nur Region und Kiez ist, sondern natürlich auch Metropole und Urbanisation.

Für die städtebauliche Konzeption, die sich daraus ergibt, folgt aus dieser Sichtweise eine Fülle von Forderungen wie Anregungen gleichermaßen. Nun ist hier nicht der Ort einer städtebaulichen Betrachtung, da bin ich auch nicht der richtige Partner dafür. Gleichwohl wird aus der Betrachtung der individuellen Ebene bezogen auf das Thema Stadt deutlich, dass städtebauliche, planerische und konzeptionelle Fragen sich sowohl um das Detail Quartier, Region und Kiez als auch um das ganze – Metropole und Urbanisation – zu kümmern haben, beide Bereiche in ihren jeweiligen Übergängen und Schattierungen intensiv aufzubereiten haben.

Menschen mit Behinderungen betrachten Stadt genauso, wie jeder andere Mensch auch dies tut, nicht als einen homogenen Ort zum Leben und Arbeiten, sondern als eine sehr individuelle Zusammensetzung, eine Art Patchwork für ihre unterschiedlichen Lebensentwürfe, wie ihre sehr divergierenden Lebens- und Ausdrucksmöglichkeiten.

Und damit erschließt sich aus der Perspektive behinderter Menschen unmittelbar und fast zwangsweise die soziale Dimension des Konglomerates namens Stadt.

Stadt ist aus dieser Sicht immer Ausdruck des Gemeinwesens im Sinne der Verantwortung füreinander. Als Mensch, der sich in der Arbeiterwohlfahrt verortet, fällt es mir überhaupt nicht schwer, an dieser Stelle von Solidarität innerhalb des Gemeinwesens zu sprechen.

Die Stadt in ihrer sozialen Dimension stellt die Folie dar für vielfältigste Vernetzungen menschlichen Handelns.

Da ist zum einen der Bereich des Wohnens. Dies meint nicht nur Unterkunft, Dach über dem Kopf, sondern es meint gerade aus Sicht behinderter Menschen menschenwürdiges Wohnen mit der Möglichkeit der nachbarschaftlichen Kontakte, also der sozialen Kommunikation.

Zum anderen ist damit das Thema Freizeit vermacht. Denn Wohnen erschöpft sich nicht in der Behausung von vier Wänden, sondern geht selbstverständlich über die Schwelle des Wohnraums hinaus, heraus in die unmittelbare Umgebung und stellt damit das Wohnen in den Kontext alltäglicher Verrichtungen wie Einkaufen etc. bis hin zur Gestaltung seiner Freizeit. Auch hier muss Stadt in ihrer sozialen Dimension Felder der Kommunikation, Angebote, sich in einem solchen Netzwerk von Freizeit bewegen zu können, daran partizipieren zu können, vorhalten.

Sie merken, dass ich an zweiter Stelle nicht das Thema Arbeit genannt habe, dies ganz be-



wusst, weil es für Menschen mit Behinderungen nach wie vor zwar an vorderster Stelle der Sehnsüchte, jedoch nicht an vorderer Stelle der Realität steht. Gleichwohl bedeutet die soziale Dimension des Themas Stadt auf der Folie von Arbeit im engeren und weiteren Sinne, dass Arbeit als Orte, an denen gearbeitet werden kann, an denen Produktion stattfinden kann, vorhanden sein muss. Trotz des vorhin genannten Zwei-Milieu-Prinzips stellt sich in der sozialen Dimension die Frage danach, wie weit eigentlich der Weg zur Arbeit sein darf, um den Menschen nicht in seinem sozialen Netzwerk, in der Notwendigkeit in einer ausgewogenen Lebenssituation zu leben, zu beschädigen.

Und damit bin ich bei einer weiteren sozialen Dimension, nämlich dem Verkehr, der Infrastruktur von Mobilität. Die Selbstverständlichkeit individueller Mobilität und der sich daraus ergebenden Folgen für ein städtisches Gepräge werden nur allzu leicht als allgemein gültig und von jedem zu akzeptieren verstanden.

Soziale Dimension bedeutet aus meiner Sicht in diesem Zusammenhang, dass dies unterschiedlichen Mobilitätserwartungen und nachteiligen Mobilitätswirklichkeiten von Menschen in der Verkehrsplanung und Verkehrsausgestaltung berücksichtigt werden müssen. Als sozial kann aus meiner Sicht keine Stadt begriffen werden, die einen Teil der Menschen, die in und mit ihr leben, von Mobilitätsmöglichkeiten ganz oder teilweise ausspart bzw. sie in ihren Mobilitätsanforderungen deutlich beschränkt.

Auf diese Punkte komme ich zu einem späteren Zeitpunkt im Laufe meines Vortrages noch einmal zurück. Sie werden dann die besonderen Anforderungen aus der Sicht behinderter Menschen und diese Themen wieder finden.

Als dritter Aspekt der sozialen Dimension erschließt sich für mich der darin enthaltene Entwurf eines Miteinanders, der Nachbarschaft, der Nähe genauso wie der Distanzmöglichkeiten. Ein städtisches Gepräge muss den Menschen in die Lage versetzen, seine Neigungen und Vorstellungen von Nachbarschaft und Nähe ebenso leben zu können, wie sich auch von nicht gewünschten Kommunikationen distanzieren zu können. Hier ist also die Möglichkeit gefragt, in unterschiedlichen räumlichen Distanzen seine durchaus individuellen Lebensentwürfe verwirklichen zu können. Hierbei bin ich mir im Klaren darüber, dass dies ein sehr individualistisch geprägtes Lebenskonzept ist. Dabei würde ich mich missverstanden fühlen, wenn dies als grenzenlos verstanden werden würde. In meinem deutlichen Ja zu dem Thema Gemeinwesen, Verantwortung füreinander und Solidarität steckt selbstverständlich auch die Verpflichtung des Einzelnen und aller, den

Entwurf des Miteinanders nicht zur Durchsetzungsfolie des Individualismus verkümmern zu lassen.

Das bedeutet insgesamt für das Thema der sozialen Dimension als vierten Aspekt, dass „sozial“ als Begrifflichkeit Anforderungen stellt an übergeordnete Planungen genauso wie an kleinteilige, detailreiche, an Sanierungsvorhaben von kleinen wie großen Quartieren, an die Ausprägung einer Stadt als Ausdruck des in ihr lebendigen sozialen Netzwerkes und der Möglichkeit, Beziehungen, tertiäre Netzwerke zu knüpfen und in ihnen zu leben.

Die soziale Dimension bedeutet nicht, dass alles einer einheitlichen Bewertung, einer einheitlichen Struktur und Umsetzung unterliegt. Allerdings bedeutet – und damit will ich meine Annäherungsversuche auch abschließen – die soziale Dimension einer Stadt, das es ein unauflösbares Beziehungs- und Einflussgeflecht zwischen den in ihr lebenden und mit ihr lebenden Menschen und ihr selbst gibt. Als sozial ist eine Stadt nur dann aus meiner Sicht zu begreifen, wenn die Menschen ein lebendiger Teil ihrer Struktur sind, das Beziehungsgeflecht der beiden in sich stimmig und ausgewogen ist, und die Stadt – lassen Sie mich das etwas prosaisch sagen – den Menschen das Gefühl gibt, ihr richtiger Partner für den gesellschaftsfähigen Lebensentwurf zu sein.

Nun war einiges aus meiner Sicht zu bemerken zu dem abstrakten Thema, der damit noch von Menschen mit Behinderungen weitgehend unberührten Annäherung an das Thema. Lassen Sie mich jetzt den behinderten Menschen in dieses Szenario einführen und auch hier versuchen, mit relativ einfachen Fragen und Überlegungen den roten Faden herauszuarbeiten. Verweilen wir an der Stelle, an der sich der behinderte Mensch von dem nicht behinderten ganz offensichtlich unterscheidet, nämlich der Behinderung. All diejenigen unter Ihnen, die aus eigenem Erleben einen behinderten Menschen kennen, können sich jetzt ganz spontan ein entsprechendes Bild von ihm und seiner Behinderung machen.

Riefen wir das jetzt an dieser Stelle auf und ließen die Einzelnen zu Worte kommen, dann hätten wir es wahrscheinlich mit einer sehr breiten Palette unterschiedlichster Behinderungen mit sehr unterschiedlichen Ausprägungsformen und -folgen zu tun. Daraus ist schon mal die erste Schlussfolgerung zu ziehen, die ganz unmittelbare Auswirkungen auf unsere Thematik hat: Behinderung ist nicht Behinderung, Behinderung ist so vielfältig, wie unterschiedlich die Menschen sind. Das reicht von leichten Einschränkungen z. B. in der Beweglichkeit aufgrund von Herzschwäche, über Beschränkungen des Sehens und



damit der Wahrnehmungsfähigkeit über drastische Beschränkungen der Mobilität durch einen hohen Querschnitt bis hin zu multiplen Tetraspastiken, deren Anblick Menschen durchaus verstören kann. Und damit sind wir auch bei den Menschen, die zum Teil ausgeprägte Schwierigkeiten der Orientierung aufweisen – wir bezeichnen sie als geistig behindert – und bei dem Personenkreis, der durch so genanntes herausforderndes Verhalten sogar bei uns Ängste auszulösen fähig ist.

Neben dieser großen Dimension einer Vielfalt, die nicht wegzudefinieren ist, sondern Bestandteil eines sozialen Miteinanders einer Stadt ist bzw. sein muss, stellt sich natürlich auch die Frage nach der Quantität. Begegne ich zu jeder Zeit behinderten Menschen z. B. mit einer Behinderung, die mir unangenehm ist, oder ist dies ein äußerst seltenes Ereignis? Wie reagiere ich denn eigentlich darauf, wenn mir nicht ein behinderter Mensch mit einer schweren Körperbehinderung in einem E-Rollstuhl begegnet, sondern dies gleich vier oder sogar mehr sind? Behinderte Menschen sind nicht nur jung, sind nicht nur Kinder. Behinderungen sind heute – aus meiner Sicht ist das sehr erfreulich – in jeder Altersgruppe in unserer Gesellschaft anzutreffen. Auch das macht Behinderung noch komplexer, noch differenzierter in ihren jeweiligen Ausprägungen.

Und dann erleben wir behinderte Menschen in ganz unterschiedlichen primären und sekundären Netzwerken. Es ist seit längeren Jahren wieder möglich geworden, dass behinderte Menschen nicht nur in ihren bisherigen Familien verbleiben, wenn eine Behinderung z. B. durch ein Trauma aufgetreten ist, sondern selbst eigene neue Familien gründen, in Partnerschaft leben bzw. sich auch für das temporäre oder dauerhafte Alleinleben entscheiden.

Also kann man auch an dieser Stelle nicht eine Einheitlichkeit feststellen, die möglicherweise weitere Überlegungen deutlich vereinfachen würden, sondern muss konstatieren, dass behinderte Menschen in dem Szenario „soziale Stadt“ ein ganz schillernder Teil sind, der auf Partizipation und Integration drängt.

Denn Behinderung ist ein selbstverständlicher, immanenter Bestandteil des menschlichen Daseins.

Sie fordert daher Akzeptanz, sie vermittelt Lebensfreude und Lebensmut als Perspektive, fühlt sich jedoch immer dann zurückgesetzt, fremdbestimmt, ja okkupiert, wenn andere, vielleicht weil sie meinen es besser zu wissen, meistens aber, weil sie die Bestimmenden der Strukturen sind, Behinderten die Wahl ihres Lebensmittelpunktes vorschreiben und sie damit in ihren Möglichkeiten einschränken. Begreift man Behinderung als diesen eben genannten

Bestandteil menschlichen Daseins, dann muss der Zugang zu den Dingen des Alltags im engen wie im weiten Feld ein selbstverständlicher Teil des Gemeinwesens sei.

Lassen Sie uns bitte einmal innehalten. Denn noch so wohl gesetzte Worte können und sollen nicht den Blick dafür verstellen, wie denn die Wirklichkeit heute aussieht. Und wenn ich über den besonderen Zugang aus der Perspektive behinderter Menschen zu unserem Thema spreche, dann ist es mir schon wichtig, hier und an dieser Stelle einen Einschub vorzunehmen. Aus vielen Gesprächen mit Vertretern von Wohnungsbaugesellschaften, Wohnungsbaukreditanstalten und Projektinteressierten weiß ich, wie schwer es ist, von der behindertengerechten Wohnung zu sprechen.

Da gibt es eben aufgrund der Art und Schwere von Behinderungen ganz unterschiedliche Anforderungen an die Baulichkeit, an die Lichtverhältnisse nicht nur innerhalb einer Wohnung, sondern im Treppenhaus beginnend mit vielen wertvollen und wichtigen Details. Das fordert Wohnungsbaugesellschaften und Finanziers im sozialen Wohnungsbau weit über die Grenze des regulär Machbaren hinaus. Wohnungsbau für Menschen mit Behinderungen mit der Folge bezahlbaren, sozial geförderter Wohnraums ist eine zugegebenermaßen teure Angelegenheit. Und dann paart sich das auch noch damit, dass dieser Wohnraum oft – aus welchen Gründen auch immer – von Menschen genutzt wird, die nicht behindert sind, die diesen speziellen Einrichtungen für sich also nicht benötigen. Ein Ende des Mietverhältnisses ist aus diesem Grunde jedenfalls in der Regel nicht durchsetzbar. Damit geht kostbarer Wohnraum in doppeltem Wortsinne für Menschen mit Behinderungen verloren und muss an anderer Stelle erneut errichtet werden.

Ob man nicht aus diesen Erfahrungen die Folge ziehen könnte, überhaupt jeden Wohnraum im sozialen Bereich nach den Aspekten behindertengerechten Wohnraums herzurichten, vermag ich nicht abschließend zu sagen. Aus meiner Sicht lohnte es sich, darüber nachzudenken, um so etwas zu vermeiden, was wir auch aus ökonomischen Gesichtspunkten heute immer wieder antreffen: Es sind die unsäglichen Gettosituationen, in die auch und gerade Menschen mit Behinderungen gedrängt werden. Es mag aus Sicht eines Wohnungsbaunternehmens ökonomischer und vielleicht auch baulich einfacher sein, ein ganzes Haus entsprechend behindertengerecht umfänglich herzurichten. Unter sozialen, kommunikativen und Netzwerkgesichtspunkten ist eine solche Lebenssituation wenig förderlich.

Wenden wir den Blick aus der Wohnung heraus, dann fallen uns gemeinsam all die The-

men ein, die heute nach wie vor als ungelöst in der Kleinräumigkeit und in der Großstruktur einer Stadt vorhanden sind. Die Möglichkeiten der Mobilität im individuellen und öffentlichen Personennahverkehr, die Zugangsmöglichkeiten nicht nur zu öffentlichen Einrichtungen, sondern zu Kinos, Restaurants, Freizeiteinrichtungen sind nach wie vor unterentwickelt, ja abweisend, ja vermitteln oft den Eindruck, als seien sie ganz absichtlich so, weil man auf das Miteinander mit behinderten Menschen weniger Wert legte.

Ich erinnere mich in diesem Zusammenhang an die öffentliche Debatte um den Verweis einer kleinen Gruppe behinderter Menschen bei uns in Hamburg aus dem Gartengestühl eines Restaurants, weil der Besitzer meinte, dadurch andere Gäste verlieren zu können. Sie merken daran, dass die Frage von Mobilität und Zugänglichkeit nicht nur eine bauliche Frage ist, sondern selbstverständlich auch eine Frage von Solidarität, innerer Einstellung und menschlichen Miteinanders, also eine Frage der Haltung ist.

Menschen mit Behinderungen benötigen Unterstützungs-, Assistenzangebote, in der Regel in einem Netzwerk unterschiedlichster Themen wie Pflege, Gesundheitshilfen, Begleiter für Freizeit und andere Aktivitäten. Auch dies muss Bestandteil einer sozialen Dimension sein; heute ist es ein kleinstteiliger Flickenteppich in der Regel ohne Vernetzung, aus dem sich Menschen mit Behinderungen das sehr mühselig auszusuchen haben, was möglicherweise für sie passen könnte.

Insgesamt nehmen wir die Stadt in ihrer großen wie kleinteiligen Dimension nicht als das war, was ich zu Beginn meines Referates dargestellt habe.

Nun will ich nicht den Fehler begehen, alles über einen Kamm zu scheren. Es gibt mittlerweile sehr differenzierte Veränderungen in Wohnquartieren, die einen Teil dessen schon überwunden haben, was ich hier gerade an Problemstellungen in meinem Einschub genannt habe. Nur die Regel ist es nicht. Menschen mit Behinderungen erleben die Stadt immer noch konfrontativ. Ihre Wünsche, ihre Ansprüche an lebenswerte Situationen einer Stadt vertragen sich nach wie vor wenig mit der vorzufindenden Realität. Die Stadt ist aus sich heraus wenig offen; sie ist ein Teil, gelegentlich sogar der treibende Teil von Aussonderung und wird damit all zu oft als Getto, in dem man lebt, erlebt.

Wenn ich Ihnen damit ein Stück Nachdenklichkeit vermittelt habe, dann war dies Absicht. Die Realität behinderter Menschen in unseren großen Städten ist nicht so erfreulich, wie wir dies uns gerne glauben machen möchten. Las-

sen Sie mich an dieser Stelle Ihnen noch einen anderen Hinweis geben, der etwas mit der angesprochenen Thematik der Quantität zu tun hat.

Wir begegnen zwar immer mehr behinderten Menschen, insgesamt gesehen doch sehr wenig behinderten Menschen in unseren Städten. Natürlich gehört der auf einen Gehwagen angewiesene ältere Mensch ebenfalls zu dem Personenkreis der behinderten Menschen. Er erscheint uns jedoch nicht als jemand, der in merkbarer Weise die Zuschreibung Behinderung erfüllt. Erst dann, wenn wir gehörlosen Menschen, blinden Personen, Menschen mit einer geistigen Behinderung oder erst recht Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrern begegnen, stellen wir eine Beziehung zwischen dem Etikett und der vor uns stehenden Realität her. Und dies ist ein nach wie vor nicht sehr häufig auftretender Vorgang.

Das hat damit etwas zu tun, das nach wie vor Menschen mit Behinderungen, vor allen Dingen mit ausgeprägteren Behinderungen geistiger, körperlicher und psychischer Art nicht unter uns, sondern zu vielen Tausenden – und dies ist nicht übertrieben – in Großeinrichtungen der Behindertenhilfe fernab von Großstädten leben. Allein das bedeutet, dass wir bei der sozialen Dimension einer Stadt darüber nachzudenken haben, dass wir dies nicht für Wenige heute realisieren, sondern dass dies ein Projekt einer Zukunftswerkstatt zu sein hat, weil ganz viele Menschen von diesen Möglichkeiten allein dadurch ausgeschlossen sind, dass sie gar keine Chance der Partizipation an sozialen Dimensionen einer Stadt haben, weil sie in Großeinrichtungen untergebracht, böse gesagt: versteckt sind.

Nicht nur daraus ergeben sich für unsere Thematik der Partizipation, der Integration und Normalität Anforderungen an das Soziale der Stadt. Es bedarf gesellschaftspolitisch und vom Gemeinwesen getragene Entscheidungen zur sozialen Dimension im Makrokosmos und Mikrokosmos einer solchen Stadt. Die Stadt mit all den in ihr Agierenden muss bereit sein und in die Lage versetzt werden, sich all den Menschen gegenüber zu öffnen, die die Stadt als Ort des Lebens für sich begreifen, akzeptieren, wünschen und realisieren. Eine solche grundsätzliche Entscheidung, die die soziale Dimension einer Stadt – und das kann durchaus kleinräumig sein – in den Mittelpunkt stellt, muss ihre gesamtplanerischen Vorhaben miteinander so vernetzen, dass nicht – wie heute vielerorts zu beobachten – der gute Wille bei chaotischer Planung auf der Strecke bleibt.

Die Stadt nicht als Ganzes, sondern in der Summe ihrer unterschiedlichen, auch sich im Gegensätzlich befindlichen, miteinander kon-

kurrierenden Teile muss sich verstehen als eine einladende. Einladend bezüglich all der Menschen, die sie bevölkern wollen, die in und mit ihr zu leben beabsichtigen. Und dass man behinderte Menschen in ihrer Mehrzahl und dann auch noch betrachtet nach Art und Schwere der Behinderung davon nach wie vor ausschließt, halte ich für gesellschaftspolitisch unzumutbar, für soziales Unrecht und humanistischen Gedanken des Miteinanders und der Solidarität widersprechend.

Es ist allerdings Realität und in sofern be- greife ich die Möglichkeit meines Referates im Zusammenhang mit der Preisverleihung „Soziale Stadt 2004“ als Chance, diesen Aspekt der Bereicherung sozialen Lebens in unseren Städten durch behinderte Menschen einzubringen, sie als Preisträger, als Mitglieder der Jury und anders Interessierte ein Stück weit zu interessieren und dazu aufzurufen, der sozialen Dimension unserer Städte immer wieder durch neue Projekte und Vorhaben Geltung zu verschaffen.

Lassen Sie mich an dieser Stelle schließen, obwohl ich noch einiges dazu anmerken könnte, welche Auswirkungen sich aus einer sozialen Dimension der Stadt ergeben für die soziale Dimension in ländlichen Strukturen mit den entsprechenden Folgen. Aber dies ist ein anderes ernstes Thema, dem wir uns ebenfalls an anderer Stelle widmen sollen und müssen.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

## Arbeitsgruppe „Integration und Bildung“

### Demographische Ausgangspunkte

Die Weltbank veröffentlichte im Sommer 2003 einen Ländervergleich, der aufzeigt, dass die Bundesrepublik Deutschland eine der niedrigsten Geburtenraten der Welt aufweist. Deutschland rangiert unter 190 Staaten auf dem 185. Platz. Diesen Trend durch Sofortmaßnahmen umzukehren ist nicht möglich. Die Geburtenraten der nächsten Jahrzehnte sind weitgehend programmiert, weil die Zahl der potentiellen Mütter und ungeborenen Mütter stetig sinkt. Selbst wenn sich alle gebärfähigen Frauen in den nächsten 20 oder 30 Jahren entschlossen, je zwei Kinder zur Welt zu bringen, würde sich die Bevölkerungsschrumpfung und die demographische Alterung unserer Gesellschaft fortsetzen.

Die Hoffnung auf künftige Zuwanderer nach Deutschland ist trügerisch. Die Zahl der notwendigen Einwanderer müsste über Jahre bei Millionen liegen, sollte die Überalterung durch sie gestoppt werden.

Ob bei der Geburtenrate, der Bekämpfung der Familienarmut, der Bildungsbilanz oder der Frauenerwerbsquote – auf diesen Feldern liegt die Bundesrepublik Deutschland abgeschlagen auf den hinteren Rängen. Nicht nur für die sozialen Sicherungssysteme, sondern auch für die Wirtschaft bedeutet weniger Nachwuchs nicht nur weniger Nachfrage, sondern führt mittelfristig zu einem bedenklichen Fachkräftemangel. Die Volkswirtschaft weist darauf hin: Ein geringes Beschäftigungspotential begrenzt Wertschöpfung und Wachstumsraten.

Wie ist es beim Nachbarn Frankreich? 72,3 % der französischen Mütter mit 2 Kindern sind berufstätig. Das Aufwachsen der Kinder in einer Gemeinschaft außerhalb der Kernfamilie wird als Bereicherung gesehen.

Unser Bildungssystem schafft es jedoch nicht, alle Kinder und Jugendlichen mit den notwendigen Zukunftskompetenzen auszustatten. Soziale Armut und Bildungsarmut wird reproduziert.

Aus der Sicht der Gesellschaft ist es unbedingt erforderlich, dass die künftigen Generationen kompetent und produktiv sind. Angesichts der demographischen Entwicklung werden sie zahlenmäßig schrumpfen, aber enorme transferabhängige Bevölkerungsgruppen mittragen müssen. Unter dem Gesichtspunkt der Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft können

wir uns eine zukünftige Erwerbsbevölkerung nicht leisten, die vielleicht zu 20 bis 30 Prozent aus funktionalen Analphabeten und/oder Menschen ohne Sekundarschulbildung besteht.

Der soziale Status der Eltern diktiert immer noch den Bildungserfolg, das Einkommen und die Berufsaussichten von Kindern. In der heutigen Forschung werden zwei kausale Mechanismen herausgestellt: „Geld“ und „Kultur“. Relative Einkommensarmut der Eltern und ökonomische Unsicherheit werden mit schwerwiegenden Negativeffekten auf die schulische Leistung und die spätere Einkommensaussicht von Kindern beschrieben. Kinder, die in Armut und Unsicherheit aufwachsen, werden mit hoher Wahrscheinlichkeit ihrerseits arme Eltern. Das Armutsargument bezieht sich auf die Theorie des Humankapitals und fragt nach der Fähigkeit von Eltern in die Zukunft ihrer Kinder zu investieren.

Dauerhafte ökonomische Entbehrung und Unsicherheit sind vermutlich fundamentale, aber nicht hinreichende Ursachen geringer Lebenschancen. Der „kulturelle Faktor“ ist ebenfalls entscheidend und prägt die kognitive und motivationale Entwicklung von Kindern. Kognitive Fähigkeiten sind der Schlüssel zu Bildungsleistungen von Kindern. Sie sind zugleich Vorbedingung für erfolgreiche Umschulung und Aktivierung im Erwachsenenalter.

Die wichtigste Phase der kognitiven Entwicklung liegt vor dem Schulalter. Kinder mit geringen kognitiven Entwicklungsmöglichkeiten laufen Gefahr, im Laufe ihrer Bildungskarriere immer weiter zurückzufallen, weil die Unterrichtsschule nicht in der Lage ist, die vorausgegangenen Versäumnisse auszugleichen. Ein allgemeiner Zugang zu einer hochwertigen Kinderbetreuung hilft Lebenschancen zu verbessern und ermöglicht zugleich mehr Erwerbsarbeit von Frauen.

Der Kern eines erweiterten Begriffs von Kinder-, Jugend- und Familienpolitik liegt deshalb in einer Doppelstrategie, die zum einen gegen Armut im Kindesalter und zum anderen aus Maßnahmen zur Angleichung der kognitiven Stimuli für die Kinder im Vorschulalter bestehen muss.

Die öffentliche Sorge um die nachwachsende Generation ist deshalb von besonderer Wichtigkeit. Der demographische Trend lässt sich kurzfristig nicht umkehren. Anders und drastischer ausgedrückt: Wir können es uns aus sozialen und ökonomischen Gründen nicht leisten, auch nur eines der vorhandenen und zukünftigen Kinder nicht zu fördern. Kinder sind ein knappes Gut geworden.

Neben dem Umsteuern im Rahmen von Gesellschaftspolitik stellt sich die Frage, wie Städte und Gemeinden, aber auch Wirtschaftsunter-

ternehmen konkret und vor Ort die Lebenslage der Eltern und die Bildungschancen der Kinder nachhaltig stärken.

## Die Ziele integrierter Dienstleistung

Wer Kindern nachhaltig helfen will, hilft ihren Familien. Wer Familien helfen will, hilft dem Gemeinwesen, in dem Familien sich bewegen.

Die Verbesserung der Zukunftschancen von Kindern und Jugendlichen im Lebensalter von 0-6 bzw. 6-17 ist gesellschaftlich gesehen nicht nur eine private Aufgabe der Eltern, sondern Teil der öffentlichen Verantwortung für die nachwachsende Generation. Eine integrierte Strategie zur Verbesserung der Teilhabechancen und sozialen Lage von Familien mit Kindern ist deshalb Infrastrukturpolitik. Sie verknüpft kleine Netze (Nachbarschaft) mit großen Netzen (Jugend-, Sozial- und Bildungspolitik). Sie fördert Aktivität und Selbsthilfe und nutzt diese Ressourcen.

Es geht um den Aufbau eines kommunalen Systems integrierter Kinder- und Jugendförderung und die Umwandlung der vorhandenen Kinderbetreuungsangebote, der Jugendarbeit und der Schulbildung, in ein integriertes Konzept und damit ein für alle Kinder und Familien zugängliches Angebot.

Ohne die Einbindung aller Akteure wird die Nachhaltigkeit des Erfolgs der integrierten Dienstleistungsangebote gefährdet. Es geht insbesondere darum, die lokalen Akteure und die vorhandenen Ressourcen in den ausgewählten Gebieten zu mobilisieren. Konkret: Es geht um den Aufbau von kommunalen Bündnissen der Kinder und Jugendhilfe, der Bildung und der Wirtschaft.

## Biografische Weichenstellungen

In der Biografie der Kinder und Jugendlichen sind mehrere Schwellen/Übergänge zu beachten, deren Bewältigung Karrieren befördern oder beeinträchtigen können:

- Die erste Schwelle/Weiche ist geprägt durch die soziale und ökonomische und geografische Lage der Eltern, der Familie, in die das Kind hineingeboren wird. Unser Hilfe- und Bildungssystem ist nachweisbar nicht in der Lage, spezifische Benachteiligungen auszugleichen.
- Die zweite Schwelle/Weiche ist der Eintritt in die Schule und bezieht sich insbesondere auf die Sprachfähigkeit. Sie ist die zentrale Voraussetzung für eine erfolgreiche Schulkarriere.
- Die dritte Schwelle/Weiche in der Biografie eines Kindes liegt in der Schule, beim Über-

gang von Sekundarstufe 1 zu Sekundarstufe 2. Scheitert das Kinder an dieser Schwelle, wird es von spezifischen Zukunftschancen ausgeschlossen. Im ungünstigsten Falle entwickeln sich negative Schulkarrieren, Schulverweigerung und Verlassen der Schule ohne Abschluss.

- Die vierte Weichenstellung ereignet sich bei dem Übergang von der Schule zu einer beruflichen Ausbildung. Gelingt dieser Übergang nicht oder wird er zeitlich über mehrere Monate verzögert, geraten diese Jugendlichen in die Gefahr, sich in spezifische Milieus zurückzuziehen, ggf. Verhaltensauffälligkeiten zu „kultivieren“.
- Die fünfte biografische Weiche besteht beim Übergang von einer Berufsausbildung/Qualifizierung in das Arbeitsleben.

Alle fünf Schwellen beinhalten in ihrem zeitlichen Ablauf spezifische biografische „Risiken“ von Kindern und Jugendlichen. Sie sind entscheidend, die Lebensphasen Kindheit und Jugend erfolgreich abzuschließen.

Traditionell arbeitet die Kinder- und Jugendhilfe getrennt nach Lebensphasen in ihren spezifischen Säulen. Die spezialisierten Angebote sind nicht aufeinander bezogen, obwohl sie sich gegenseitig bedingen. Diese wechselseitige Bedingtheit erfordert zumindest an den Schnittstellen der Übergänge ein integriertes Handeln aller Akteure. Sie erfordern aber insbesondere ein Hilfe- bzw. Angebotssystem, welches zumindest an diesen biografisch entscheidenden Karriereweichen nach den individuellen sozialen, emotionalen und kognitiven Entwicklungsständen, maßgeschneiderte Hilfe- bzw. Integrationspläne anbietet.

Die Struktur der vernetzten und integrierten Dienstleistung in allen Lebensphasen muss deshalb stets mit einer Struktur der Individualisierung durch „maßgeschneiderte“ Förder- bzw. Hilfskonzepte (Jugendhelfemanagement) verbunden werden.



Dorit Meyer

## Arbeitsgruppe „Integration und Interkulturalität“

Das Thema Integration und Interkulturalität steht im Moment ganz oben auf der politischen Agenda, verbunden mit erheblichen Unsicherheiten, ob die deutsche Integrationspolitik als gescheitert erklärt werden kann, wie in den gegenwärtigen öffentlichen Diskursen allenthalben verlautbart wird. Und nicht wenige befürchten, dass die Bewältigung dieser zukunftsentscheidenden Thematik nicht gelingt, im Gegenteil diese Thematik innerhalb der nächsten Wahlkampfeszenarien erneut politisch instrumentalisiert wird mit den zu erwartenden verheerenden Folgen.

Bei dem Titel dieser heutigen Arbeitsgruppe geht es um zwei Seiten einer zukünftigen Integrationspolitik. Einmal um politische Fragen der Integration. Und das meint mehr – wie noch darzulegen ist – als die Frage, wie Zugewanderte in die deutsche Gesellschaft integriert werden können und welche politischen und zivilgesellschaftlichen Maßnahmen diesbezüglich ergriffen werden müssen. Und es geht um Interkulturalität, d.h. um Fragen, wie mit ethnischen Differenzen umgegangen wird und wie Gemeinsamkeiten zwischen den Bevölkerungsgruppen unterschiedlicher ethnischer Herkunft gestiftet werden können.

Zur ersten Seite dieser doppelten Thematik. Es ist bekannt, dass „Integration“ eine hoch-emotionalisierte Begrifflichkeit ist, die oft mit schwammigen und sehr unterschiedlichen Vorstellungen verbunden ist. Während eine politische Seite darunter mehr einen Ansatz forciert, der auf Assimilation in die deutsche Gesellschaft setzt, wird von anderer politischer Seite mit dieser Begrifflichkeit das Recht auf ethnische Selbstbestimmung in einer multikulturellen Gesellschaft verbunden. Beide Integrationsmodelle erscheinen in Deutschland oft scharf gegeneinander abgegrenzt, obwohl ein Blick auf die jeweilige praktische Umsetzung dieser Integrationsmodelle deutlich macht, dass beide sowohl Vorteile wie Nachteile aufweisen, Chancen wie Hindernisse in sich bergen. (Wenn man mal einen Blick über Deutschland hinaus wirft, spiegeln sich diese unterschiedlichen Integrationsmodelle in der EU insgesamt wider – interessanter Weise jenseits der verschiedenen politischen Ausrichtungen der aktuellen Regierungen. Diese Polarität wird bestimmt von Frankreich auf der einen und Großbritannien auf der anderen Seite, um eine geläufige Gegenüberstellung zu beschreiben. Frankreich z. B. forciert eine In-

tegrationspolitik, die am Individuum orientiert ist und auf Assimilation setzt. Während die Integrationspolitik, die Großbritannien betreibt, die ethnische Gruppenzugehörigkeit betont und offensiv ethnische Diversity befördert.)

Wenn man sich die gegenwärtigen Herausforderungen anschaut, vor denen vor allem die Städte stehen, kann man behaupten, das ein solches polarisierendes Verständnis, wie es innerhalb der politischen Kultur in Deutschland gegeben ist, nicht weiter führt – und dies allein schon aus statistischen Gründen. Besonders deutlich wird dies, wenn man einen Blick auf die Zielgruppe der Kinder und Jugendlichen wirft, die ja auch im Mittelpunkt des Programms E&C stehen. So dokumentieren die Statistiken Tatbestände, die überdeutlich Deutschland als Einwanderungsland konturieren. Allein in Frankfurt haben heute schon über 50% der Kinder und Jugendlichen einen Migrationshintergrund und selbst in einer mittelgroßen Stadt wie Solingen wird der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund für das Jahr 2010 auf über 40% geschätzt. Damit stellen sich Fragen der Integration noch mal ganz neu. Wenn bereits die Hälfte der jugendlichen Population einen Migrationshintergrund hat, dann ist doch wirklich zu fragen, wovon dann überhaupt noch integriert werden soll. Es ist ja das Bedeutende an den Zuwanderungsprozessen der letzten Jahre auch in Bezug auf die generativen Effekte dieser Zuwanderung – innerhalb der Migrantengeneration gibt es deutlich mehr Kinder, obwohl sich auch hier allmählich eine Tendenz zur Kleinfamilie durchzusetzen scheint – , dass die polare Gegenüberstellung von der Mehrheitsgesellschaft und den Zugewanderten nicht mehr aufrechterhalten ist. D.h. es geht heute viel weniger um Fragen von Integration im Sinne von integrieren in etwas Festes, Bestehendes, sondern um die Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens der Bevölkerung unterschiedlichster ethnischer Herkunft. Es geht um die Herstellung eines gesellschaftlichen Zusammenhalts auf der Basis der Anerkennung diverser Differenzen. Denn es ist ja ein zentrales Merkmal moderner Gesellschaften, dass sie von hochgradigen Differenzierungsprozessen betroffen sind, mit den politisch, ökonomisch und kulturell umgegangen werden muss. Und diese Differenzierungsprozesse treffen die Gesellschaft, d.h. die sogenannte „Aufnahmegesellschaft“ als Ganzes. Sie betreffen aber auch die sogenannten ethnischen Communities, die aus deutscher Perspektive immer vorschnell homogenisiert werden. Die gesellschaftlichen Differenzierungsprozesse gehen quer durch kulturelle Zusammenhänge hindurch. So ist etwa die türkische Gesellschaft in Deutschland

von den gleichen gesellschaftlichen Differenzierungsprozessen betroffen wie die sogenannte deutsche Gesellschaft.

Die Herstellung eines gesellschaftlichen Zusammenhalts setzt aber gleiche Teilhaberechte voraus, die über den Staat garantiert werden. Sie verlangt darüber hinaus gleiche Teilhabemöglichkeiten, die vorrangig über Bildung und Erziehung geschaffen werden. Migranten und Migrantinnen, und vor allem die, die in sogenannten benachteiligten Quartieren leben, haben aufgrund vieler Faktoren aber keine gleichen Teilhabemöglichkeiten. Das hat sich in den Bildungsdiskussionen der letzten Jahre in aller Schärfe gezeigt. Und damit werden ihre Zukunftschancen dramatisch minimiert.

Vor allem in Bezug auf die bundesdeutschen Großstädte und ihre Stadtteile mit hohem Migrantenanteil entwerfen neue stadtsoziologische Studien ein eher düsteres Bild. So wird in den neueren stadtsoziologischen Studien die Integrationsfähigkeit deutscher Großstädte – aber auch die anderer europäischer Staaten – generell in Zweifel gezogen und es wird inzwischen – wenn auch hinter vorgehaltener Hand – vom Entstehen einer neuen „urban underclass“ gesprochen. Die damit verbundenen innerstädtischen Segregationsprozesse sind damit auch eher ökonomisch bedingt und schon gar nicht kulturell, auch wenn sie sich ethnisch überformt zeigen. Das verdeutlichen auch die laufenden Statistiken zu Schulabschlüssen, Arbeitsmarktzugang und Arbeitslosigkeit von Migranten/innen. (Allerdings erscheinen diese Statistiken extrem verzerrend mit den, auch politisch brisanten Bedeutungsangeboten. In der Regel basieren diese Statistiken noch immer auf der Staatszugehörigkeit, die über den jeweiligen Pass ausgewiesen wird. In Berlin zum Beispiel gab es aber in den 90er Jahren extrem hohe Einbürgerungsraten, was zur Folge hat, dass nun ein Großteil der ausländischen Mittelschicht statistisch als Deutsche gilt und diese aus der „Migrantenstatistik“ herausfällt).

Von daher ist es bedeutsam, ethnische Segregationsprozesse nicht mit Parallelgesellschaften in eins zu setzen. Denn räumliche Segregationsprozesse haben eine doppelte Seite. Es gibt, wenn man differenziert diese Prozesse betrachtet, eine erzwungene Segregation aus ökonomischen, sozialen und wohnungsbezogenen Gründen. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bleibt nicht freiwillig in den segregierten benachteiligten Stadtgebieten, was sich u.a. auch an Hand des erheblichen Wegzugs der ausländischen Mittelschicht aus diesen Quartieren belegen lässt. Daneben gibt es eine freiwillige, räumliche Segregation und den Zuzug in ethnische Quartiere, wo gegenseitige Unterstützung und Selbsthilfepotentiale

gegeben sind. Aber auch dieses Phänomen ist differenziert zu betrachten. So hat z.B. der letzte Familienbericht zu „Familien ausländischer Herkunft in Deutschland“ aufgezeigt, dass die Vorstellung, „die Türken ziehen dahin, wo es viele Türken gibt“, als Beweggrund nicht stimmt. Die Motivation der Zuwanderung in ethnische Quartiere ist durch familiäre Bezüge oder nachbarschaftliche Kontakte (Kettenmigration aus dem gleichen Dorf) bestimmt und auch die Beziehungsnetze unter den Migranten/innen sind familiär organisiert und nicht sozialräumlich.

Auch das Vorhandensein von „Parallelgesellschaften“ ist bisher empirisch nicht zu belegen. Eine aktuelle Studie der Deutschen Forschungsgesellschaft über die „Bedingungen und Folgen ethnischer Koloniebildung“ beschreibt solche Tendenzen nur für eine Minderheit der Zugewanderten, deren Kontakte sich ausschließlich auf die eigene ethnische Gruppe beschränken. Für die Mehrheit gilt, dass ethnische Gruppenbezüge nicht mit Kontakten zur Mehrheitsgesellschaft konkurrieren. Wobei es durchaus signifikante Differenzierungen innerhalb der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gibt. So zeigen die Türken/innen den stärksten eigenethnischen Bezug, die Spätaussiedler/innen den geringsten.

Und noch ein anderes Ergebnis dieser Untersuchungen zu „Parallelgesellschaften“ ist von Interesse. Wenn es um Kontakte zur Aufnahmegesellschaft, bzw. um innerethnische Bezüge geht, sind nicht allgemeine ethnische oder kulturelle Gründe dafür verantwortlich, sondern individuelle, wie das Bildungsniveau und die Zugehörigkeit zu betreffenden Zuwanderungsgeneration. Es wird diesbezüglich niemanden überraschen, dass die Menschen ausländischer Herkunft, die ein geringes Bildungsniveau haben, am stärksten zum Rückzug in Parallelgesellschaften tendieren, während die Zugewanderten mit höherem Bildungsniveau mit der Aufnahmegesellschaft im Kontakt stehen. Selbst von deutschen Bevölkerungsgruppen ist ja bekannt, dass sozial Deprivierte am stärksten zum Rückzug in eigene, manchmal zwielichtige Beziehungsnetze tendieren. Auch diesbezüglich scheinen also bildungs- und sozioökonomische Faktoren von entscheidender Bedeutung – und das macht in einer Zeit wachsender Arbeitslosigkeit und des Wachstums globaler Arbeitsmärkte Integration nicht gerade einfacher.

Integration bedeutet aber auch, und das ist gleichfalls bedeutsam, um Parallelgesellschaften abzuwenden, wie insgesamt die Gesellschaft mit ethnischen Differenzen umgeht und wie Gemeinsamkeiten zwischen den sogenannten Einheimischen und den Zugewanderten ge-



stiftet werden können. Es geht also um Fragen der Interkulturalität, die zweite benannte Thematik. Interkulturalität zielt aber nicht nur auf eine Anpassungsleistung der Zugewanderten – wobei diese natürlich tatsächlich einzufordern ist, da die Einbeziehung in die Aufnahme-gesellschaft nicht voraussetzungslos sein kann. Interkulturalität verlangt auch eine Leistung der Aufnahmegesellschaft. Ohne ein interkulturelles „Lernen“, was oft hinter dem Terminus einer interkulturellen Öffnung verkläusuliert wird, und ohne eine tatsächliche Veränderung der Aufnahmegesellschaft, die den Umgang mit Vielfalt zu einem wesentlichen Thema ihrer selbst macht, ist ein gleichberechtigtes Zusammenleben der Bevölkerung unterschiedlicher ethnischer Herkunft nicht möglich. Dieses wird oft verkannt, wenn von Interkulturalität gesprochen wird. Oft verbirgt sich hinter den – modisch neu titulierten – interkulturellen Ansätzen die gleiche klassische Ausländerarbeit, die weiterhin paternalistisch ausgerichtet ist und für Ausländer etwas macht.

Neben den politischen Fragen der Integration geht es bei Interkulturalität auch um (zivil)gesellschaftliche Fragen. Es geht um „die Anerkennung von Differenzen“ die jenseits der rechtlich verbindlichen Grundlagen dieses Staates existieren. Aber nicht im Sinne eines falschen Toleranzgebotes um ein beliebiges Nebeneinanderexistieren verschiedener Teilkulturen. Ein solches Verständnis würde eine weiterführende Segmentierung und Partikularisierung der Gesellschaft erzeugen. Es geht darum, wie Vielfalt in der Kommune, im Stadtteil gestaltet werden kann. Es geht um Aushandlungsprozesse zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und -kulturen, auch um die Bearbeitung interkultureller Konflikte. Es geht genauer gesehen darum, ein Wechselverhältnis dahingehend zu konstituieren, was an Gemeinsamem zwischen den ethnischen Bevölkerungsgruppen gegeben ist, welches dann auch den Rahmen des Zusammenlebens konstituiert und was als kulturelle Besonderheiten festzuhalten ist. Wobei diesbezüglich auch die internen Differenzierungen der jeweiligen ethnischen Gruppierungen zu berücksichtigen sind, denn die Differenzierungen innerhalb der ethnischen Gruppierungen können durchaus größer sein, als die Differenzen zwischen der deutschen Bevölkerung und der jeweiligen ethnischen Community.

Ein Zusammenleben zwischen unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen ist zentral auf die Gestaltung dieses „Zwischenraumes“ angewiesen. Wobei sich natürlich nicht der idealistischen Vorstellung hingegeben werden darf, dass die Kommune oder das Quartier, die solche Ansätze befördern, die hochgradigen

Segregationsprozesse einer modernen Gesellschaft aufhalten könnten. Auch die Auswirkungen der nationalstaatlichen Integrationspolitik sind von der Kommune und dem Quartier in der Regel nicht beeinflussbar. Von daher sollen zum Abschluss drei zentrale Handlungsoptionen benannt werden, die ein zukünftiges Zusammenleben der unterschiedlichen Ethnien im kommunalen Raum befördern:

- Die Erhöhung der Teilhabemöglichkeiten über die Erhöhung der Beteiligung an der primären, sekundären aber auch der nachholenden Bildung – und dies sowohl auf Seiten der Migranten wie der deutschen Unterschicht.
- Die wirkliche Beteiligung der Migranten, ihrer Initiativen und Selbstorganisationen an städtischen Angeboten, an Quartiers- und Stadtteilentwicklungsprozessen.
- Die Schaffung von „Gelegenheitsstrukturen“, die Begegnungen der unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen im Stadtteil ermöglichen.

## Arbeitsgruppe „Integration und Gesundheit“

Die Programmplattform „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C) setzt auf die Verbesserung von Lebens- und Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche in benachteiligten Stadtteilen.

Junge Menschen, die in Gebieten der Sozialen Stadt/E&C-Gebieten aufwachsen und leben, erfahren in vielerlei Hinsicht Benachteiligungen, wobei sich diese Benachteiligungen häufig gegenseitig potenzieren. Am deutlichsten wurde und wird dies im Bereich Bildung und Ausbildung. Die Pisa-Studie belegte eindrücklich, wie stark die Zusammenhänge zwischen sozialen und wirtschaftlichen Benachteiligungen und dem Erwerb von Bildungschancen in Deutschland im Gegensatz zu vielen europäischen Nachbarstaaten auftreten. Diese katastrophale Zustandsbeschreibung der Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen und die Reaktionen hierauf verdecken z.T. eine in den letzten Jahren von vielen unterschiedlichen Institutionen erhobene Datensammlung, die den Fokus auf einen anderen für Entwicklungs- und (Über-)Lebenschancen wichtigen Bereich setzt: Die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in Deutschland. Und es zeigt sich auch hier eindeutig der Zusammenhang zwischen sozialer Ausgangslage und gesundheitlichem Status auf der einen Seite und den Zugangsmöglichkeiten zum medizinischen Versorgungssystem und insbesondere auch zu gesundheitsfördernden und präventiven Maßnahmen auf der anderen Seite.

Kinder und Jugendliche in sozial benachteiligten Lebensverhältnissen haben signifikant geringere Chancen gesund zu sein, gesund zu werden, gesund zu bleiben. Sie sind bislang nur sehr unzureichend Zielgruppe präventiver Anstrengungen und gesundheitsfördernder Angebote. Eine Vielzahl von Untersuchungen belegen, dass benachteiligte Kinder und Jugendliche häufiger erkranken. Sie haben häufiger Unfälle, weisen einen höheren Grad an psychosozialen Auffälligkeiten auf, leben z.T. in unhygienischen Verhältnissen, haben einen schlechten Zahnstatus, nehmen nur unzureichend an Vorsorgeuntersuchungen teil, ja ihre Lebenserwartung ist um mehrere Jahre geringer als bei Kindern und Jugendlichen, die unter sozial abgesicherten Umständen aufwachsen.

Gesund aufzuwachsen ist ein wesentlicher Baustein für die Entwicklung von Lebensperspektiven. Kindern und Jugendlichen aus E&C-

Gebieten wird dieser Baustein für ein gesundes Aufwachsen häufig genommen.

Gerade in den letzten Jahren zeigen sich jedoch auch einige zukunftsweisenden Entwicklungen, die die Gesundheitsförderung für benachteiligte Gruppen in den Fokus setzen. Somit entwickelt sich eine Trendwende von der mittelstandsorientierten Gesundheitsförderung hinzu einer gerade benachteiligte Gruppen berücksichtigenden Gesundheitsförderung. Auch die Krankenkassen beteiligen sich zunehmend an dieser Entwicklung und unterstützen Anstrengungen, besonders benachteiligte Gruppen in ihre Angebote zur Prävention und Gesundheitsförderung zu integrieren.

Auch die Regiestelle E&C hat schon zu Beginn der Laufzeit der Programmplattform den „Gesundheitsbereich“ zu einem wichtigen Handlungsfeld ihrer Tätigkeiten erklärt und gemeinsam mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) in 2001 ein erstes Fachforum zum Thema: „Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in sozialen Brennpunkten“ ausgerichtet.

Im Laufe der weiteren Aktivitäten der Regiestelle E&C im Themenfeld „Gesundheit“ nahmen die Übereinstimmungen in der Ausrichtung der Gesundheitsförderung und der sozialraumorientierten Jugendhilfe einen zunehmend wichtigeren Platz ein.

### Begriffe in der Gesundheitsförderung mit Bezügen zur sozialraumorientierten Jugendhilfe

In der Praxis aber auch in der Wissenschaft erleben wir sehr häufig unterschiedliche Interpretationen gesundheitsförderungsbezogener Begriffe. Noch immer herrschen Abgrenzungsschwierigkeiten vor, die Austausch und Diskussionen erschweren. Am deutlichsten geschieht dies im Gebrauch der Leitbegriffe „Prävention“ und „Gesundheitsförderung“.

Während Prävention eher symptomorientiert ist, bestimmte Zielgruppen (Risikogruppen) im Auge hat und das Ziel verfolgt Krankheiten zu vermeiden, beziehungsweise Risikofaktoren zu verhindern oder zu verringern, ist der Kontext, in dem Gesundheitsförderung agiert, umfassender und bezieht präventive Maßnahmen als eine von anderen mit ein. Gesundheitsförderung verfolgt das Ziel zu einer Verbesserung des körperlichen, sozialen und psychischen Wohlbefindens beizutragen.

Prävention unterscheidet eine primäre, sekundäre und tertiäre Ebene. Unter Primärprävention versteht man die prophylaktische Beseitigung von Faktoren für eine Krankheitsentstehung. (Beispiel: Schutzimpfung) Sekundärprävention zielt darauf, entstehende Krank-

heitsbilder möglichst frühzeitig zu erkennen, Risikogruppen zu identifizieren und daraufhin Vorsorge zu treiben. Früherkennungsuntersuchungen sind hierunter z.B. zu verstehen. Die Zielgruppen für die Tertiärprävention sind Menschen bei denen bereits eine Erkrankung eingetreten ist. Sie ist im gewissen Maße mit der Rehabilitation gleichzusetzen und zielt auf Schadensbegrenzung. Überlebenshilfen für schwerstabhängige Drogengebraucher/innen (harm reduction) verfolgen ebenfalls tertiärpräventive Ziele.

Hinsichtlich der methodischen Ausrichtung wird auch zwischen Verhaltens- und Verhältnisprävention unterschieden. Während die Verhaltensprävention auf Verhaltensänderungen abzielt, stehen bei der Verhältnisprävention umweltbezogene Veränderungen im Fokus. Hier sind u.a. soziale, kulturelle und ökologische (Lebens)Bedingungen Ziel der gesundheitsfördernden Maßnahmen. Verhältnispräventive Angebote werden häufig in sogenannten Settings (Kindertagesstätte, Schule, Betrieb aber auch Stadtteil) durchgeführt (s.u.). Gesundheitsfördernde Aktivitäten in E&C-Gebieten unter Einbeziehung aller wirkenden Belastungen entsprechen also eher der Verhältnisprävention.

Ein für dieses Verständnis von Gesundheitsförderung in den letzten Jahren besonders kennzeichnender Ansatz stellt die Salutogenese dar, die Antonovsky erstmalig beschrieb. Aus salutogenetischer Perspektive steht nicht wie bei der Pathogenese die Frage nach dem Entstehen von Krankheiten im Vordergrund, sondern Salutogenese fragt nach den Entstehungsbedingungen von Gesundheit.:

- Warum bleiben Menschen trotz einer Vielzahl von krankheitserregenden Risikokonstellationen, psychosozial irritierenden Belastungen und angesichts kritischer Lebensereignisse gesund?
- Warum befinden sie sich auf der positiven Seite des Gesundheits-Krankheits-Kontinuums oder warum bewegen sie sich auf den positiven Pol zu?
- Unter welchen persönlichen Voraussetzungen und unter welchen sozial-ökologischen Rahmenbedingungen können Menschen ihre Gesundheit bewahren?“ (Franzkowiak in: Leitbegriffe der Gesundheitsförderung)

Ein weiterer wesentlicher Begriff der Gesundheitsförderung ist der Settingansatz. Gesundheitsprobleme von Menschen sind Ergebnisse einer Vielzahl von Einflüssen. Als Setting wird im moderneren Verständnis von Gesundheitsförderung ein institutionelle Rahmen bzw. ein soziales System bezeichnet, der einen wesentlichen Teil der Lebenswelt von Menschen

bzw. Gruppen umfasst. „Gesundheit wird von den Menschen in ihrer alltäglichen Umwelt geschaffen und gelebt, dort, wo sie spielen, lernen, arbeiten und lieben.“ (WHO 1986). Das Setting Stadtteil bzw. soziales Brennpunktgebiet umfasst in unserem Verständnis demnach alle gesundheitsfördernde Aktivitäten in E&C-Gebieten unter Einbeziehung aller im Stadtteil wirkenden sozialen, ökonomischen, ökologischen und infrastrukturellen Benachteiligungen. Damit wird „der Kenntnis Rechnung getragen, dass Gesundheitsprobleme einer Bevölkerungsgruppe das Resultat einer wechselseitigen Beziehung zwischen ökonomischer, sozialer und organisatorischer Umwelt und persönlicher Lebensweise sind. Settings sind soziale Systeme ...“ (Grossmann und Scala in Leitbegriffe der Gesundheitsförderung).

Der Settingansatz wurde insbesondere durch die von der WHO initiierten Gesundheitsförderungsprojekte zu einer Schlüsselstrategie der Gesundheitsförderung und bewährte sich u.a. in den Bereichen schulischer und betrieblicher Gesundheitsförderung, gesundheitsförderliches Krankenhaus und Gesunde-Städte-Netzwerke aus.

Genau in diesem Feld des gesundheitsfördernden Settingansatzes kommen sich Gesundheitsförderung und sozialräumliche Jugendhilfe erstaunlich nahe. Im Rahmen einer von der Regiestelle in Auftrag gegebenen Expertise zur Übertragung des Settingansatzes auf den Stadtteil kommt Thomas Altgeld von der Landesvereinigung für Gesundheit Niedersachsen zu dem Ergebnis, dass sich die in E&C-Gebieten etablierten Strukturen nutzbar machen können für die Entwicklung eines Settings „Stadtteil“.

Auch die Forderungen von Sozialmedizinern nach einer zukunftsorientierten Gesundheitspolitik für sozial benachteiligte Kinder und Jugendliche stimmen weitgehend mit den Handlungszielen der Programmplattform E&C überein:

- bauliche Veränderungen sind notwendig, um Verkehrsunfälle von Kindern zu vermeiden,
- Screeninguntersuchungen in Kindergärten sowie Impfscreening in der Grundschule sollten weitergeführt werden, ebenso wie Gesundheitserziehung in Schule und Kindergarten,
- Eltern aus sozialen Risikogruppen sollten Angebote zur Gesundheitserziehung wahrnehmen können (Niedrigschwelligkeit),
- Gesundheitsförderung muss den Bedürfnissen sozial benachteiligter Menschen entsprechend konzipiert werden,
- die „Komm-Strukturen“ der meisten Angebote stellen eine Zugangsbarriere dar.

Benötigt werden niedrigschwellige medizinische Versorgungsangebote vor Ort in sozialen Brennpunkten,

- vorhandene Einrichtungen (Kindergarten, Kindertagesstätte, Schule, Jugendhilfe, Jugendamt, Gesundheitsamt) müssen besser vernetzt werden.

Auffällig ist, dass trotz bislang eher geringer Kooperation der Akteure aus Gesundheitsbereich und Jugendhilfe beide Bereiche ähnliches Vokabular benutzen und somit über vergleichbare Handlungsansätze verfügen:

- Empowerment,
- Enabling,
- Partizipation,
- Netzwerkbildung,
- Wohnumfeldverbesserung,
- Sozialraumorientierung,
- Lebensweltbezug,
- Nachhaltigkeit,
- Ressourcen- und Lösungsorientierung

sind Begrifflichkeiten, die sowohl in der modernen Jugendhilfe als auch in der Gesundheitsförderung und in der systemischen Arbeit ihren Stellenwert haben. Die Akteure verfügen somit über eine ähnliche Sprache und können sich aufeinander beziehen. Es macht daher Sinn, die ganzheitlichen Ideen der Gesundheitsförderung in die sozialraumorientierte Jugendhilfe zu integrieren und die vorhandenen Infrastrukturen in den Programmen „Die soziale Stadt“ und „E&C“ zu nutzen. So kommt auch ein von dem Bundesverband der Betriebskrankenkassen (BKK) in Auftrag gegebenes Gutachten zu dem Schluss, dass der Setting-Ansatz und das Konzept der Gesundheitsförderung zwar „in den Soziale-Stadt-Gebieten noch nicht ausreichend bekannt“ ist, „obwohl im Rahmen der sozialräumlichen Förderprogramme bereits nach ganz ähnlichen Zielen und Methoden gearbeitet wird. Die Quartiersmanagements in ihrer Koordinations- und Multiplikatorenfunktion für die Stadtteile sind gute Anlaufstellen, um für den Ansatz zu werben. Die Netzwerkkoordination gehört in der Regel zum Aufgabenbereich des Quartiersmanagements. Die Quartiersbüros haben meist auch den besten Überblick über Angebotslandschaft und Zielgruppenarbeit im Quartier. Daher empfiehlt sich eine gezielte Ansprache der Quartiersmanagements zum Thema Setting-Ansatz auf Stadtteilebene.“ (Bär 2004)

Konkreter werden die Autorinnen des Gutachtens mit folgenden Empfehlungen / Aufforderungen:

1. „Inhaltliche und methodische Parallelen zwischen den sozialräumlichen Entwicklungsansätzen in den Soziale-Stadt-Gebieten und dem Konzept der Gesundheitsförderung auf-

zeigen.“

2. „Vorhandene Strukturen nutzen, um die Quartiersmanagements bundesweit zu erreichen.“

3. „E&C-Fachforum „Gesundheit“ besser nutzen.“ (Bär 2004)

Es verdichten sich die Zeichen, dass ein gut funktionierendes/arbeitendes Quartiersmanagement mittelbar Gesundheitsförderung betreibt, ohne selbst auf den Bereich Gesundheit zu fokussieren. Die vorhandenen Strategien der Programme „Die soziale Stadt“ und E&C können jedoch insbesondere über die Quartiersbüros genutzt werden um auch unmittelbare gesundheitsfördernde Elemente in den Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf zu etablieren.

Das Thema „Gesundheit von Kindern und Jugendlichen in E&C-Gebieten“ hat bislang Einkehr in zwei Bereiche des E&C-Prozesses seit 2001 erhalten:

Die Verminderung von Chancenungleichheit im Zugang zu medizinischer Versorgung und gesundheitsfördernden Angeboten für Kinder und Jugendliche hat sich zu einem Querschnittsthema entwickelt. Hilfreich für diesen Prozess sind die bislang erst sehr wenig beachteten Schnittflächen und ähnlichen Handlungsstrategien der Jugendhilfe, der Gesundheitsförderung, der systemisch ausgerichteten Beratungs- und Therapieangebote und der sozialräumlich orientierten Stättearbeit.

Neben der Querschnittsaufgabe Gesundheitsförderung im E&C-Prozess fokussierte die Regiestelle in einer Vielzahl von Veranstaltungen direkt auf das Themenfeld Gesundheit und machte es „offen“ für alle E&C-Akteure mit der Zielsetzung einer verbesserten Kooperation. Die Verhinderung von gesundheitlichen Chancenungleichheiten kann nur dann erfolgen, wenn diese Aufgabe als integrierte Gemeinschaftsaufgabe aller Akteure / Institutionen angesehen wird.

Durch die mit der BZgA begonnene Zusammenarbeit und den durchgeführten Fachforen konnten in 2004 weitere Schritte in Richtung gesundheitsfördernder Maßnahmen im Stadtteil gegangen werden. So konnte der BKK Bundesverband für eine Mitwirkung gewonnen werden und führt nun in Kooperation mit der Regiestelle E&C eigenständige stadtteilbezogene Regionalkonferenzen durch. Der wichtigste zukünftige Schritt erscheint uns jedoch die Qualifizierung von Stadtteilakteuren (u.a. Quartiermanager/innen) zu Gesundheitsförderern. Hier werden zukünftig in Zusammenarbeit mit der BZgA Qualifizierungsmodule entwickelt.

## **Literatur:**

Bär, G.(2004): Der Stadtteil als Ort von Gesundheitsförderung – Erfahrungen und Befunde aus stadtteilbezogenen Projekten. In: Rosenbrock, R.(2004) : Primärprävention im Kontext sozialer Ungleichheit

Hemme, A.(2003): Bedeutung der Gesundheit für die soziale Stadtentwicklung – Erfahrungen aus dem Programm Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten. In: Löhr, R.-P. et al. 2003: Die soziale Stadt- Gesundheitsförderung im Stadtteil

Mielck, A.(2003): Chancenungleichheit für benachteiligte Kinder und Jugendliche. Daten – Fakten – Konsequenzen. Vortrag gehalten auf dem E&C-Fachforum „Vernetzung – Macht – Gesundheit“ Kooperation zwischen Jugendhilfe und Gesundheitswesen in sozialen Brennpunkten“, Berlin

## **Workshop: „Ohne Partizipation keine Integration - Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C)**

**Veranstalter:** **Regiestelle E&C der Stiftung SPI  
im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und  
Jugend (BMFSFJ)**

**Datum:** **13.-14. Januar 2005**

**Ort:** **Centre Français de Berlin  
Müllerstraße 74  
13349 Berlin**

Die Mitwirkung der Bewohner/innen gehört zu den Grundsätzen eines an Nachhaltigkeit orientierten Prozesses sozialer Koproduktion. Mitwirkungsbereitschaft und Mitwirkungsfähigkeit sind abhängig von der Dialog- bzw. Kommunikationskompetenz der Akteure, der politischen Legitimation und den institutionell-administrativ abgesicherten Rahmenbedingungen. Aus den Beteiligungs- und Partizipationsmodellen der Kinder- und Jugendhilfe, aus den Beteiligungsverfahren der „Sozialen Stadt“ ist bekannt, dass Motivation und Engagement der Bürgerinnen und Bürger sich erst in einem konkreten Umfeld entfalten. Partizipation, Teilhabe und Mitwirkung, aber insbesondere auch die Bereitschaft zur Übernahme von Verantwortung sind deswegen auf ein konkretes Umfeld, auf Authentizität, Wahrhaftigkeit und konkrete Praxis angewiesen, um Begeisterung, Engagement und Anstoß für einen sozialen Lern- und Kreativvorgang zu geben.

Die Entwicklung neuer und kontinuierlicher Formen der Partizipation darf sich nicht auf wenige oder auf die von öffentlich beauftragten Akteuren des lokalen Aktionsplanes definierten Räume und Anlässe beschränken. Partizipation ist aus der Sicht der Kinder- und Jugendhilfe immer auch ein Prozess der Persönlichkeitsentwicklung. Sie ist eine Lern- und Lebenserfahrung, die im Kern eine attraktive Form der außerschulischen Bildung darstellt. Durch Partizipation, Beteiligung und Engagement werden ferner Kompetenzen und Qualifikationen erworben, die der Entwicklung der Persönlichkeit und der sozialen Kompetenzen dienen, aber auch wichtige Ressourcen für den Zugang zu Ausbildung und zum Arbeitsmarkt darstellen. Der Zugang zu zivilgesellschaftlichen Netzwerken kann eine wichtige Vorbedingung für einen (ersten) Zugang zum Arbeitsmarkt sein. Verantwortung für das Gemeinwesen und soziales Zugehörigkeitsgefühl wirken sich nachhaltig und ganzheitlich auf die Gesundheit aus.

Die Förderung und Unterstützung der sozialen und individuellen Integration von Kindern und Jugendlichen stellt eine gesellschaftliche Notwendigkeit dar, insbesondere dort, wo junge Menschen von sozialen Benachteiligungen betroffen sind. Hervorgehoben durch den gegenwärtigen demographischen Wandel gibt es einen zunehmenden Bedarf an sozialer Integration, die so vielen Menschen wie möglich – unabhängig von ethnischer Herkunft, Geschlecht, Alter, Behinderung, Religion und sexueller Ausrichtung – eine aktive Teilnahme am Arbeitsmarkt und der Gesellschaft ganz allgemein ermöglicht. „Ohne Partizipation keine Integration“ das heißt auch: Soziale Integration ist eine Leistung aller Gesellschaftsmitglieder – gleich welcher Herkunft: Durch ihre Handlungen wird



das Soziale konstituiert. Ohne diese freiwilligen Anstrengungen ist sozialer Zusammenhalt nicht zu haben.

Vor dem Hintergrund der Berichte der „Preisträger Soziale Stadt 2004“ sowie der teilnehmenden Expert/innen wird der Workshop „Ohne Partizipation keine Integration“ Themen und Handlungsfelder gelungener Integration erarbeiten sowie Erfahrungen beim Vor-Ort-Besuch von drei Berliner Quartiersmanagements der Sozialen Stadt/E&C erlebbar machen.

## **Programm:**

### **Donnerstag, 13. Januar 2005**

**19.00 Uhr**      **Einführung in den Workshop: „Ohne Partizipation keine Integration“**  
Hartmut Brocke, Stiftung SPI

**Vorstellungsrunde der Teilnehmer/innen und Expert/innen**

**20.00 Uhr**      Gemeinsames Abendessen im Restaurant des Centre Français

### **Freitag, 14. Januar 2005**

**9.00 Uhr**      **Fachimpuls: Programmplattform des Bundesmodellprogramms „Entwicklung und Chancen junger Menschen in sozialen Brennpunkten“ (E&C)**  
Hartmut Brocke, Stiftung SPI

**9.45 Uhr**      **Fachimpuls: Menschen mit Behinderungen und die Programme „Soziale Stadt“ und „E&C“**  
Karl Stengler, Behindertenhilfe Hamburg

**10.45 Uhr**      **Moderierte Arbeitsgruppen:**

- AG 1: „Integration durch Bildung“**  
Moderation: Hartmut Brocke, Stiftung SPI
- AG 2: „Integration und Interkulturalität“**  
Moderation: Dr. Dorit Meyer, Regiestelle E&C
- AG 3: „Integration von Menschen mit Behinderungen“**  
Moderation: Hans-Georg Weigel, ISS - Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
- AG 4: „Integration und Gesundheit“**  
Moderation: Andreas Hemme, Regiestelle E&C

**12.00 Uhr**      **Berichte und Thesen aus den Arbeitsgruppen „Ohne Partizipation keine Integration“**



- 13.00 Uhr** Mittagessen
- 13.50 Uhr** **Quartiersmanager/innen stellen zwei Berliner Quartiere der Sozialen Stadt/E&C vor – Aufteilung in zwei Gruppen und Exkursion in die vorgestellten Quartiere:**
- Exkursion I: Quartiersmanagement Sparrplatz, Wedding**
- 13.50 Uhr** **Gemeinsame Fahrt zum Stadtteilbüro des QM Sparrplatz**  
Burgsdorfstr. 13a, 13353 Berlin
- 14.00 Uhr** **Vorstellung des Quartiers**  
Michael Langer, Jürgen Berger
- 14.30 Uhr** **Besuch des Gemeinwesenzenentrums und der Weddinger Kinderfarm TELUX**  
Herr Krüger, Herr Kühbauer
- 16.15 Uhr** **Rückkehr ins Stadtteilbüro**
- ca. 16.30 Uhr** **Ende der Veranstaltung**

*parallel dazu*

- Exkursion II: Quartiersmanagement Kottbusser Tor, Kreuzberg**
- 13.50 Uhr** **Gemeinsame Fahrt zum Quartiersbüro des QM Kottbusser Tor**  
Reichenberger Str. 177 (Zentrum Kreuzberg, Galerie West, I. OG.), 10999 Berlin
- 14.15 Uhr** **Gang zum Kreuzberg Museum**  
**Vorstellung der Arbeit des Quartiersmanagement**  
Sylvia Kahle
- 15.00 Uhr** **Gelegenheit zur Besichtigung der Ausstellung: „Geschichte wird gemacht. Berlin am Kottbusser Tor“**
- 15.30 Uhr** **Das Beschäftigungsprojekt für Substituierte „IdeFix“ stellt sich vor**
- 16.00 Uhr** **Die Anwohnerinitiative „Bizim Ev –Unser Haus“ berichtet von der Arbeit im Bewohner/innentreffpunkt des Zentrum Kreuzberg.**
- ca. 16.30 Uhr** **Rückkehr ins Quartiersbüro und Ende der Veranstaltung**

## Teilnehmer/innenliste

Name	Institution	Adresse	Telefon	e-Mail
Altschiller, Clemens	Stadt Wiesbaden Wohnungsamt	Kurt-Schumacher-Ring 2-4 65195 Wiesbaden	0611313890	wohnungsamtsleitung@wiesbaden.de
Altunkaynak, Sükran	L.I.S.T. GmbH Quartiersmanagement Pankstraße	Prinz-Eugen-Str. 1 13347 Berlin	03074746347	saltunkaynak@list-gmbh.de
Babbe, Karin	Erika-Mann-Grundschule	Utrechter Str. 25-27 13347 Berlin	03045085510	schulleitung@erika-mann.de
Balzer, Martina	Stadt Waldkirch, Bürgerzentrum Projektgruppe „Rotes Haus“	Am Rosengarten 9a 79183 Waldkirch	07681490707	stadtteilbuero@sozialamt.stadt-waldkirch.de
Berg, Karin	Stadtverwaltung Zwickau Sanierungsbüro	Werdauer Str.62 08009 Zwickau	0375836906	sanierungsbuero@zickau.de
Bohm, Andreas	Ev. Gemeinde zu Düren Büro für Gemeinwesenarbeit	Philippstr. 4 52349 Düren	02421188169	hermann.schaaf@evangelische-gemeinde-dueren.de
Bölt, Emanuel	Studis helfen Kids (ShK) Studentische Initiative von Studierenden an den Aachener Hochschulen	Gasborn 17 52062 Aachen	02414091180	boelt.emanuel@vdi.de
Boos, Stefan	Stadt Nürnberg Bauhütte Nordostbahnhof Stadt Nürnberg Quartiersmanagement	Marienstr.7 90403 Nürnberg	09112314153	
Brocke, Hartmut	Stiftung SPI, Sozialpädagogisches Institut	Müllerstr. 74 13349 Berlin	03045979388	info@stiftung-spi.de
Bunk, Andreas	Planungsgemeinschaft A. Bunk & Outside Bewegungsräume Lensiedlungen	Brüderstr.22 20355 Hamburg	04063976214	mail@bunk.info
Eckert, Dieter	AWO - Arbeiterwohlfahrt Bundesverband e. V.	Oppelner Str. 30 53119 Bonn	02286685265	eck@awobu.awo.org
Gerwin, Marita	Stadt Arnsberg Fachdienst Wendepunkt Seniorenpolitik	Lange Wende 16A 59755 Arnsberg	02932529054	m.gerwin.efi@arnsberg.de

Name	Institution	Adresse	Telefon	e-Mail
Gieschler, Dr., Sabine	Technische Universität Berlin Zentral- einrichtung Kooperation	Steinplatz 1 10623 Berlin	03031422034	sabine.gieschler@zek.tu-berlin.de
Giese, Bernd	Studis helfen Kids (ShK) Studentische Initiative von Studieren- den an den Aachener Hochschulen	Gasborn 17 52062 Aachen	024076785	
Griehl-Elhozayel, Dorothea	IKJG - Initiative für Kinder-, Jugend- und Gemeinwesenarbeit in Ockers- hausen e. V.	Graf-von-Staufenberg-Str. 22 a 35037 Marburg	0642134171	IKJG-Marburg@t-online.de
Grunwald, Heinz	Regierung von Mittelfranken Regie- rungspräsidium	Promenade 27 91522 Ansbach	0981531202	regierungsvizepraesident@reg-mft.bayern.de
Gudat, Regine	Stadt Waldkirch Sozialamt Stadtteil- büro Projektgruppe „Rotes Haus“	Marktplatz 1-5 79183 Waldkirch	07681404149	gudat@stadt-waldkirch.de
Hahnwald, Erika	Stadt Arnsberg Fachdienst Wendepunkt Seniorenpolitik	Lange Wende 16 A 59755 Arnsberg		
Hartmann, Thomas	Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Referat SW 14	Krausenstr.17-20 10117 Berlin	03020086441	thomas.hartmann@bmvbw.bund.de
Haubner, Ursula	Bauhütte Nordostbahnhof Stadt Nürnberg, Amt für Wohnen und Stadterneuerung	Marienstr.6 90402 Nürnberg	09112314153	ursula.haubner@stadt.nuernberg.de
Hemme, Andreas	Stiftung SPI, Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51 13347 Berlin	03045798629	regiestelle@eundc.de
Hempel, Sandra	Stadtverwaltung Zwickau Sanie- rungsbüro	Werdauer Str.62 08009 Zwickau	0375836906	sanierungsbuero@zickau.de
Hübsch-Törper, Camilla	ProQuartier Hamburg Gesellschaft für Sozialmanagement und Projekte mbH	Maurienstr. 15 22305 Hamburg	040426669701	chuebsch-toerper@proquartier.de

Name	Institution	Adresse	Telefon	e-Mail
Hofmann, Susanne	TU Berlin – Die BaupilotenProjekt „Silberdrachenwelten“ in der Erika- Mann-Grundschule	Straße des 17. Juni 152 10623 Berlin	03031428923	hofmann@baupiloten.com
Jakisch, Ulrike	Stadtteilbüro Schnelsen - Süd	Vörn Brook 9a 22459 Hamburg	04043293312	jakisch@lawaetz.de
Joggerst, Annette	Stadt Waldkirch Sozialamt Stadtteilbüro Projektgruppe „Rotes Haus“	Emmendinger Str. 3 79183 Waldkirch	7681490127	stadtteilbuero@sozialamt.stadt-waldkirch.de
Kabis-Staubach, Tülin	Planerladen e.V.	Borsigstr. 1 44145 Dortmund	0231833225	kabis-straubach@planerladen.de
Klemm, Antje	Stiftung SPI, Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51 13347 Berlin	03045798624	regiestelle@eundc.de
Kozan, Gülcan	Mütterzentrum Fürth e.V. Interkulturelle Arbeit	Gartenstr. 14 90762 Fürth	0911772799	info@muetterzentrum-fuerth.de
Maier, Kai	Projekt „Soziale Stadt“ Altstadt Schwabach	Wöhrwiese 5 91126 Schwabach	0912282219	kai.maier@schwabach.de
Metscher, Walter	vhw - Bundesverband für Wohnei- gentum und Stadtentwicklung e. V. Ernst-Reuter-Haus	Straße des 17. Juni 114 10623 Berlin	03039047325	wmetscher@vhw-online.de
Meyer, Dr., Dorit	Stiftung SPI, Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51 13347 Berlin	03045798631	regiestelle@eundc.de
Müller, Martin	Projektgruppe „Rotes Haus“	Am Rosengarten 9a 79183 Waldkirch	07681490707	mueller-waldkirch@t-online.de
Müller, Prof. Dr., Wolfgang	Technische Universität Berlin, Institut für Sozialpädagogik	Bozener Str. 3 10825 Berlin		
Neder, Gottfried	Planungsgemeinschaft A. Bunk & Outside Bewegungsräume Lenzsiedlungen	Peutestr.51 20539 Hamburg	04078073570	info@buero-outside.de

Name	Institution	Adresse	Telefon	e-Mail
Pukall, Helga	Interkulturelle Gärten Marburg	Großseelheimerstr.13 35039 Marburg	6421481359	hpukall@t-online.de
Riesling-Schärfe, Dr., Heike	Stiftung SPI, Regiestelle E&C	Nazarethkirchstr. 51 13347 Berlin	0304579860	regiestelle@eundc.de
Robischon, Dr., Tobias	Schader-Stiftung	Karlstr. 85 64285 Darmstadt	06151175912	Robischon@schader-stiftung.de
Schaaf, Hermann	Büro für Gemeinwesenarbeit Ev. Gemeinde zu Düren	Philippstr. 4 52349 Düren	02421188169	hermann.schaaf@evangelische-gemeinde-dueren.de
Schimmel, Dunja	Dunja Schimmel & Fiona Vehrs Unternehmenskooperationen GbR	Ringbahnstr.12 10711 Berlin	03082702591	dunja.schimmel@web.de
Schmalriede, Karin	Lawaetz-Stiftung Hamburg	Amandastr.60 20357 Hamburg	04043293311	schmalriede@lawaetz.de
Schöfthaler, Ele	Projekt „Soziale Stadt“ Quartiersmanagement Altstadt Schwabach	Wöhrwiese 5 91126 Schwabach	0912282219	schoefthaler-ele@t-online.de
Schöneberg, Ina	St. Anna-Hilfe gGmbH Lebensräume für Jung und Alt in Vogt	Parkstr. 20 88267 Vogt	016095088886	vogt@st.anna-hilfe.de
Schubert, Sabine	Bauhütte Nordostbahnhof Stadt Nürnberg Amt für Wohnen und Stadterneuerung	Marienstr. 6 90402 Nürnberg	09112314153	
Smigoc, Peter	St. Anna-Hilfe gGmbH Lebensräume für Jung und Alt in Vogt	Parkstr. 20 88267 Vogt	016095088886	vogt@st.anna-hilfe.de
Soini, Annamaria	Mütterzentrum Fürth e.V. Interkulturelle Arbeit	Gartenstr. 14 90762 Fürth	0911772799	info@muetterzentrum-fuerth.de
Stahl, Martina	Stadtteilbüro der Lawaetz-Stiftung Lenzsiedlung	Julius-Vosseler-Str.193 22527 Hamburg	04040196096	stahl@lawaetz.de

Name	Institution	Adresse	Telefon	e-Mail
Staubach, Prof. Dr., Reiner	Planerladen e.V.	Borsigstr. 1 44145 Dortmund	0231833225	kabis-straubach@planerladen.de
Stengler, Karl	Verein für Behindertenhilfe e. V. BHH - Behindertenhilfe Hamburg	Holzdamms 53 20099 Hamburg	0402272270	k.stengler@vfb.net
Vehrs, Fiona	Dunja Schimmel & Fiona Vehrs Unternehmenskooperationen GbR	Ringbahnstr.12 10711 Berlin	03082702591	fiona@vehrs.de
Weichselbaum, Hermann	Bauhütte Nordostbahnhof Stadt Nürnberg, Amt für Wohnen und Stadterneuerung	Marienstr.6 90402 Nürnberg	09112314153	hermann.weichselbaum@stadt.nuernberg.de
Weigel, Hans-Georg	ISS - Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.	Zeilweg 42 60439 Frankfurt/a.M.	06995789112	hans-georg.weigel@iss-ffm.de
Welle, Edi	St. Anna-Hilfe gGmbH Lebensräume für Jung und Alt in Vogt	Parkstr. 20 88267 Vogt	016095088886	vogt@st.anna-hilfe.de
Welle-Lebherz, Christa	St. Anna-Hilfe gGmbH Lebensräume für Jung und Alt in Vogt	Parkstr. 20 88267 Vogt	016095088886	welle-lebherz@t-online.de
Wichmann, Birte	ProQuartier Hamburg	Maurienstr. 15 22305 Hamburg	04084050792	kontakt@proquartier.de
Zeuss, Gerda	Ökozentrum	Hessestr. 4 90443 Nürnberg	0911288220	oekozentrum.nuernberg@t-online.de